



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
1907**

118 (12.3.1907) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-132255](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-132255)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Bringen 24 Bg. monatlich  
durch die Post bez. incl. Post  
aufschlag Mk. 2.45 pro Quartal.  
Einzeln-Kunden 5 Bg.

Inzerate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.  
Kurzfristige Inzerate . . . 20  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 841

Redaktion . . . . . 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung . . . . . 918

## Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Lesefeste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus in Berlin und Karlsruhe.

Nr. 118.

Dienstag, 12. März 1907.

(2. Mittagblatt.)

### Aus Stadt und Land.

Mannheim, 12. März 1907.

**Regelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Bediensteten.** Die vom Stadtrat beschlossene Prozentsatz-Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten und Bediensteten erfordert, wie bereits mitgeteilt, einen Mehraufwand von 72548 Mark. Zur Vermeidung der kostspieligen Vorlage wird folgendes angedacht: Die Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Bediensteten sind letztmals im Frühjahr 1904 neu geregelt worden. Mit den damals vorgenommenen Verbesserungen gliederte man einen Gehaltsstufen aufgestellt zu haben, der für eine längere Reihe von Jahren ausreichen würde. Man konnte dabei selbstverständlich nicht voraussehen, dass bald darauf eine alle wirtschaftlichen Lebens erlösende Feuerung eintreten würde, von der gerade die an festem Einkommen gebundenen Beamten in besonders empfindlicher Weise betroffen werden müssten. Der Stadtrat fand es daher wohl begründet, dass im Laufe der Jahre 1905 und 1906 in zahlreichen Einzelfällen und Ende Dezember 1906 auch in einer Eingabe des Vorstandes des Vereins städtischer Beamten um Verbesserung der Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten gebeten wurde. Der Stadtrat erkannte das Verlangen der Beamten um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage als berechtigt an und kam nach reiflicher Prüfung und Beratung zu dem Beschlusse, für sämtliche Beamten mit der unter dieser 7 vorgezeichneten Ausnahme eine Gehaltserhöhung von 7 Proz. zu beantragen. Entschieden für die einheitliche Regelung der Angelegenheit war insbesondere die Erwägung, dass für die Gehaltserhöhung, maßgebend Grund, die eingetretene Feuerung, offenbar andauernd und für alle Beamten gleichmäßig wirksam sei, sodass es nicht angängig erscheint, etwa nur eine einmalige außerordentliche Zulage zu bewilligen oder einzelne Beamten oder Beamtenkategorien von der Gehaltserhöhung auszuscheiden. Für die Bemessung der Höhe der Zulagequoten kam auch der Vergleich mit den Hauptlehrergehältern in Betracht, die im Verlauf der letzten 7 Jahre um rund 22 Proz. erhöht wurden, während für die städtischen Beamten in der gleichen Zeit nur Verbesserungen um zusammen rund 9 Proz. eingetreten sind. Die Bewilligung der Prozentsatz-erhöhung der Gehälter soll nach folgenden Grundsätzen stattfinden: 1. Vorzugsweise ist das am 31. Dezember 1906 bezogene Dienstverhältnis. Die einzelnen Beamten angehören Funktionsgehältern und sonstigen Nebengehältern. 2. Die Zulage wird vom 1. April 1907 ab gewährt. 3. Der Lauf der zweijährigen Frist für die tarifmäßigen Zulagen wird nicht unterbrochen. 4. Die Zulage soll bei allen Beamten innerhalb des Gehaltsstufen ab pensionfähiges Einkommen gelten. 5. Die Zulage ist auf einen durch fünf teilbaren Betrag festzusetzen. 6. Die in einem Vertragsverhältnis zur Stadt stehenden Personen, welche jetzt Monatsgehälter beziehen, am 31. Dezember 1906 aber noch Tagelohn erhalten haben, sind so zu behandeln, als ob sie Ende 1906 bereits den gegenwärtigen Monatsgehalt bezogen hätten. 7. Auf die Inhaber der 15. Gehaltsstufe des Gehaltsstufen stehenden tarifmäßigen Stellen mit Gehaltsbezug von 6000 bis 12000 M. schienen der Majorität des Stadtrats die oben angeführten Gründe für eine allgemeine Gehaltserhöhung nicht zuzureichen. Diese Beamten sollen deshalb von der allgemeinen Prozentsatz-Erhöhung ausgenommen bleiben, doch behält sich der Stadtrat vor, ausnahmsweise eine Neuregelung der Gehaltsverhältnisse auch bei Einzelnen dieser Beamten zu beantragen, inwieweit sich durch die Rechtsprechung ihrer derzeitigen Gehaltsbezüge empfindliche Unbilligkeiten gegenüber anderen gleichartigen Beamten ergeben sollten. Der im ganzen entstehende Mehraufwand wird die Höhe von 96791 M. für das Jahr erreichen. Da die außerordentliche Zulage jedoch vom 1. April 1907 ab gewährt werden soll, so wird der Belastung für das biess-jährige Budget nur 72548 M. betragen.

### Buntes Feuilleton.

Ein Regenbatter. Einzigartig ist für einen gewöhnlichen Tierbildchen ganz keine Ähnlichkeit, jedoch hat niemand in die Antipathie gegen die Regenbatteren so unüberwindlich, als bei dem Fürsten und Multimillionär Orlowski. Er lebt in Warschau nur darum, weil den größten Teil des Jahres hindurch hier Regen herrscht, während er sonst in der Gegend der Ostsee wohnt. Aber die Natur bindet sich nicht immer an Regelmäßigkeit. Kurz nachdem der Fürst sein prächtiges Schloss bezogen hatte, als er in seinem Park einen kleinen Spaziergang unternahm, überfiel ihn eine Wetterwelle und er sah das schwebende Dach seines Hauses erreichen konnte, prasselten die großen Tropfen hernieder und tauchten in wenigen Sekunden alles in kalte Nässe und Frühlingshitze. Selbst vor dem russischen Fürsten machten die Elemente nicht halt. In größter Aufregung erreichte der Unglückliche endlich sein Haus und bittere Vorwürfe trafen seine Diener, weil sie es zugelassen hatten, dass das Sommerhaus ihren Herrn herüber und brennend habe. Aber der Regenbatter ließ sich den Höl zur bitteren Warnung dienen und er trat sorgsam alle Vorbereitungen, um fortan von dem städtischen Regen nicht mehr geplagt werden zu können. Alle Handwerker, die in Warschau auftraten, wurden zusammengelassen; gegen 100 Arbeiter errichteten eines Tages und nun dröhnte nachdenklich ein zahlloses Klöpfen, Sägen und Hämmern durch den Luft hieß in vornehmster Mode liegenden weiten Park. Über allen Bergen wühlten sich lange Dächerreihen, gaben sich fort bis in die entlegenen Ecken des Parks, woben sich ununterbrochen durch Laub und Gras. Aus demselben Holz sind die seltsamen Schuppenreihen gegemündet, die Weltweite ist durch eine vollkommenste Holzmann, die nur von großen Fenstern unterbrochen ist, gegen das

**Regelung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer, Hauptlehrerinnen und anständigen Lehrkräfte an den Volksschulen in Mannheim.** Am 23. Februar ließ beim Stadtrat eine vom Volksschulrat zur Berücksichtigung empfindliche Eingabe der Lehrerschaft ein, worin eine Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge in derselben Weise wie bei den städtischen Beamten erbeten wird. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 28. Februar unter Würdigung der vorgebrachten Gründe beschloffen, ungeachtet der im Jahre 1905 bewilligten sehr erheblichen Gehaltsaufbesserungen, dem Wunsch der Lehrerschaft zu entsprechen. Gleichzeitig wurde aber als Grundlag festgelegt, dass künftige allgemeine Gehaltsregulierungen überhaupt nicht mehr für die Beamten und Lehrer gelondert erfolgen, solche vielmehr stets gleichzeitig vorgenommen werden sollen. Die Bewilligung der Prozentsatz-erhöhung außerordentlichen Zulage soll nach den für die städtischen Beamten aufgestellten Grundsätzen stattfinden. Der Zulage sollen teilhaftig werden die Hauptlehrer, Hauptlehrerinnen und die anständigen Lehrkräfte (Unterlehrer, Unterlehrerinnen und Arbeitslehrerinnen). Für die entsprechenden Arbeitslehrerinnen hat der Stadtrat bereits in dem Beschlusse vom 1907 eine Erhöhung von je 200 M. vorgezeichnet. Er hat geglaubt, an dieser den Betrag von 7 Proz. wesentlich übersteigenden Zulage wegen der besonderen Verhältnisse dieser Lehrkräfte teilhaben zu lassen. Ferner wurde ein von den Lehrern der Anstaltsfortbildungsschule eingereichtes Gesuch um Erhöhung des Funktionsgehältes von 400 M. auf 600 M. vom Stadtrat wegen der mit dem Unterricht an der Fortbildungsschule verbundenen umfangreichen Tätigkeit genehmigt. Weiter ist beschlossen, den Funktionsgehalt der Oberlehrer von 400 M. auf 600 M. ab 1. April 1907 zu erhöhen. Der Aufwand hierfür mit 2000 M., sowie der durch die bewilligte Erhöhung an die entsprechenden Arbeitslehrerinnen entstehende Aufwand von 1600 M. sind bereits in den 1907er Voranschlag eingestellt. Die beschlossene Gehaltserhöhung hat zur Folge, dass auch die jetzt geltenden Sätze der Anfangs- und Nebengehälter, sowie der Zulagen zur Erhöhung um rund 7 Proz. erhöhen müssen, wie dies hinsichtlich des Gehaltsstufen der städtischen Beamten ebenfalls beantragt worden ist. Ein Hauptlehrer bezieht künftig einschließlich des Wohnungsgeldes ein Jahresgehalt von 2500 M. und ein Nebengehalt von 4500 M. Die Zulage beträgt bei zweijähriger Frist 165 M. Die Hauptlehrerinnen beziehen künftig einschließlich des Wohnungsgeldes ein Jahresgehalt von 2100 M., das bei dreijähriger Frist mit je 135 M. auf 2235 M. steigt. Die anständigen Lehrkräfte werden künftig bei Ablegung der Prüfung 1450 M., nach bestandener Dienstprüfung 1800 M. und nach 3 weiteren Jahren 1970 M. beziehen. Für die nicht entsprechenden Arbeitslehrerinnen wird künftig der Anfangsgehalt 1280 M., der Nebengehalt 1700 M. und die Zulage nach 3 Jahren 105 Mark betragen. Der Gesamtaufwand für Erhöhung der Lehrkräfte an den hiesigen Volksschulen stellt sich nach dem Voranschlag für 1907 wie folgt: Gehälter der Hauptlehrer 945 200 M., Gehälter der Hauptlehrerinnen 89 200 M., Gehälter der Unterlehrer und Unterlehrerinnen 203 783 M., Gehälter der nicht entsprechenden Arbeitslehrerinnen 90 300 M., Sa. 1 388 587 M. Der durch die beschlossene Prozentsatz-Erhöhung entstehende Mehraufwand wird 97 200 M. für das Jahr betragen, was weitere 800 M. beizufügen sind, welcher Aufwand durch die bewilligte Erhöhung der Funktionsgehälte von 400 auf 600 M. für die vier Hauptlehrer der Anstaltsfortbildungsschule verursacht wird. Die gesamte Jahresbelastung wird somit die Höhe von 98 000 M. erreichen. Da indessen die Gehälter des Stadtrats erst vom 1. April ab Wirkung erhalten sollen, so wird für das Jahr 1907 nur die Summe von 73 600 M. vorzulegen sein. Mit den neuen Gehaltsstufen dürfte sich Mannheim in Bezug auf die Höhe der Lehrergehälter an die Spitze nicht nur der badischen, sondern sämtlicher deutschen Städte stellen. Für Berlin ist bei der gegenwärtig im Laufe befindlichen Gehaltsregulierung eine Erhöhung des Hauptlehrergehalts bis zum Maximum von 4450 M. in Aussicht genommen.

Einbringen aufsteigender Winde geschieht. Die andere Seite freilich ist teilweise offen, oder durch große Schieber, die leicht auseinander geschoben werden können, ist täglich Vorlage getroffen, auch hier unvorhergesehenen Wetteränderungen schnell entgegenzutreten zu können. Weiterhin kann man so unter Dach und Fach umwandeln und der geplagte Fürst ist endlich sicher vor der Judringelheit des feuchten Elementes.

**Von der Engelsburg.** Die künstlerisch und geschichtlich gleich wertvolle alte Engelsburg, das Castello Sant'Angelo in Rom, ist von Col. Borgatti zum Gegenstande langdauernder eingehender Untersuchungen gemacht worden. Diese Untersuchungen haben nun zu Ergebnissen geführt, die zum Teil ganz neu und in mancher Beziehung auffällig sind. Der Bau wurde vom Kaiser Hadrian, bekanntlich als sein eigenes Grabmal, als künstliche Pyramide begonnen und mit den schönsten griechischen Marmorstatuen und römischen Kopien nach griechischen Vorbildern geschmückt. Der Bau war bei Hadrians Ableben noch unvollendet, ja wahrscheinlich war nach einmal das Niveau des Grabes damals erreicht. Als nun Antonin von dem Bau übernahm, änderte er den Plan sehr wesentlich, indem er die Form einer Tonnengewölbe aus quadratischem Sockel wählte und das Monument als Begräbnisstätte für die ganze kaiserliche Familie und ihre weitesten Angehörigen in Aussicht nahm. Allein es wurde bei seinen Begehren nur sein eigenes Grabgewölbe, der innere Kern des Bauwerks, vollendet; und dann wurde nur nach ganz unregelmäßig und mit geringem Materiale weiter gebaut. In der Renaissancezeit wurde die Engelsburg als Festung noch vergrößert, so dass das Kastell ein einziges Beispiel einer vom 14. bis zum 19. Jahrhundert im Gebrauch gebliebenen Festung bildet, an der Taccola, Rossellino, Alberti, San Gallo, Bramante gebaut haben. Bekanntlich nimmt man an, dass auch der ausgezeich-

### Aus dem Großherzogtum.

**Offenburg, 10. März.** Zu dem Selbstmord des Eisenbahnassistenten a. D. Weirauch erzählt der „Luz. B.“, dass die Tat in einem Gasthause in Krözingen (N. Staufer) begangen wurde, wahrscheinlich infolge nervöser Überreizung, da trotz einer Beteiligung an einem kürzlich an der Bahn vorgekommenen Ausreißerfall ausgeschlossen erscheint. Auch der Verdacht, dass er Wäcker des Eisenbahnbeamtenvereins unterschlagen habe, erwies sich durch nichts begründet. Was ihn von seiner vorgesetzten Behörde die Stellung gefürchtet worden war, scheint den jungen Mann in hohem Grade erregt und schließlich den Entschluss, sich und seine Geliebte zu töten, herbeigeführt zu haben. Die letztere war nämlich von Weirauch nach Krözingen beurlaubt worden, soll aber erst nachmittags von hier weggefahren sein, als die Tat infolge des unvorhergesehenen Erscheins eines Gendarmen bereits geschehen war.

**Waldbühl, 10. März.** Auf Tiengen wird berichtet: Der in der Pausenruhe beschäftigte Tagelöhner Frei ist tote in seiner Wohnung sein etwa jähriges Kind, einen Anaben, auf welche Weise, nur durch das Verbot festgestellt werden, da keine Spuren des Vorgangs angetroffen waren. Der Vater ist verhaftet. Das Kind hatte unter den fortwährenden Mißhandlungen des Frei zu leiden. Auch die Mutter wird als heillos gebildet. — In einem Analle von Verfolgungswahnsinn erging sich in der Irrenklinik des hiesigen Sanatoriums der 38jährige Dogmatiker Joseph Wang aus Mönchen.

**Emmendingen, 8. März.** Das bekannte Gasthaus „Hotel zur Post“ (aus dem 17. Jahrhundert stammend), seit 10 Jahren im Besitz einer Aktiengesellschaft, ging vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung um die Summe von 145 000 M. in den Besitz des hiesigen Bäckers, Herrn W. Voser, über. — Die nichtetatmäßigen Ärzte der hiesigen Heil- und Pflegeanstalt waren um Erhöhung ihrer Bezüge eingekommen. Ihr Gesuch wurde aber abgewiesen. Infolgedessen reichten die Ärzte die Kündigung ein und werden die Anstalt demnächst verlassen.

### Geschäftliches.

Die uns mitgeteilt wird, sind nach einer Großherzoglichen Entschliessung weitere 10 000 Lose der Straßburger Geldlotterie zu Gunsten der Erbauung eines Bringerheims zugelassen worden.

**Die Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnerverwaltungen** genehmigte in ihrer letzten Sitzung die Einstellung von Privat-Bürokraten für Palmin. Die Palminwerke H. Schind u. C. Mannheim beschloffen daraufhin zunächst 10 Waggons, von 15 000 Kilogramm Tragkraft, die namentlich während der Sommermonate den Verkehr von Palmin sehr erleichtern werden, einzustellen. Die Genehmigung von Seiten der Generalkonferenz ist ein neuer Beweis dafür, dass die Erkenntnis von der Bedeutung des Palmin als ein wichtiges Verkehrs- und Ernährungsmittel in immer weiteren Kreisen Bahn greift.

**Bergheimnische** nennt sich eine kleine Brauerei. Jede sorgsame Hausfrau wird sich ein kleines derartiges Werkbühlein wünschen, wenn sie sieht, dass alles Bemerkbare darin bergheimnische werden kann. Aber auch für die Hausfrau selbst enthält das Bäcklein einen Schatz, denn fast auf jeder Seite findet sie, das Mehl im Karton, die bekannte Spezialmarke der W. P. Mohr, Aktiengesellschaft in Altona-Bohlenfeld, die beste Margarine ist für Küche und Tafel und immer Verwendung findet im Haushalt und Wirtschaftsbetrieb. Das Werkbühlein besorgt selbst, das es nur für Mohr-Kunden oder solche, die es werden wollen, das Bergheimnische ist. Kostenfrei

ne, jetzt in der Münchener Meteorbel befindliche sogenannte Carverinische Jaun ursprünglich zum Schmuck des Hadrian-Benfalls gedient habe, da er in den Gräben des Kaiser's Sant'Angelo gefunden worden ist. Das aber dieses Bildwerk zu jenen gehört habe, die nach Prokops Bericht im Jahre 559 die Kelogerten auf die Köpfe der anstehenden Weten geworfen haben sollen, ist, wie die Fundnotiz bemerkt, doch wohl nur als eine mäßige Vermutung zu bezeichnen.

**Das drahtlose Telefon.** Aus New York wird gemeldet: Zum letzten Mittwoch hatte Dr. de Forest, dessen drahtloses Telephon-System bekanntlich von der amerikanischen Regierung adoptiert worden ist, eine Reihe von Interessenten eingeladen, um ihnen eine Anzahl höchst interessanter Experimente vorzuführen. Es handelt sich dabei um eine neue Erfindung, durch die Gespräche und selbst Musik auf drahtlosem Wege übermittelt werden kann, also gewissermaßen um ein drahtloses Telefon. Die Anwesenden konnten mit überraschender Deutlichkeit die Klänge eines Orchesters vernehmen, das mehrere Strophen von ihnen entfernt in der Tellerharmonie Hall konzertierte. Ebenso gelang die Demonstration mit menschlichen Stimmen; mit seltener Klarheit konnte man drahtlos ein Gespräch verfolgen und die Apparate übermittelten die Stimmen mit einer Deutlichkeit, als ob die Sprechenden sich im selben Raum befänden. Einen seltsamen Zwischenfall rief die unfehlige Wiedergabe von Signalen hervor, die von der drahtlosen Telephonstation eines einlaufenden Dampfes ausgingen, der weitestweit von der Versammlung entfernt war. Auf dem Schiffe sollen die Apparate die Töne nicht deutlicher reproduziert haben, als zu derselben Zeit die Forest's Apparate im Hotel. Bei seinen Experimenten verwendete Dr. de Forest einen Oscillator von ganz außerordentlich hoher Schwingungszahl.

# Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

## Parlamentarische Verhandlungen.

Rachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 11. März. 2 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten Graf Kosobrodsky u. a.  
Die Besprechung der Interpellation Trimbora (Centr.) betreffend Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Befähigungsnachweis, Ausverkaufswesen, Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen und Arbeitskammern wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Ringhan (freif. Sp.):

Die letzten drei Jahre 1904, 1905 und 1906 waren sozialpolitisch fast ganz unfruchtbar, das hat selbst Herr Trimbora bei der vorigen Staatsberatung zugegeben. Dabei waren gerade die Jahre 1904—1906 die Jahre, wo das Zentrum auf der Höhe seiner Macht stand, wo es die regierende Partei war. Herr Trimbora irrt sich sehr, wenn er meint, daß wir mit einer solchen Höhe der Sozialpolitik zufrieden wären, nein und nochmals nein! Meine Freunde werden sich nicht damit begnügen, nur eine papierene Sozialpolitik zu schreiben, wir werden uns Mühe geben, wirklich etwas zu erreichen. Dem Grafen Kosobrodsky stimme ich in seiner Beurteilung des vorjährigen Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nicht zu, das vorjährige Gesetz wollte geradezu einen Ausnahmezustand für die Arbeiter schaffen. Ich verstehe auch, daß ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nichts mit den Arbeitskammern zu tun hat. Beide Gesetze gehören zusammen. Ich persönlich bin übrigens mehr für Arbeit zu kommen. Gestern habe ich mich, daß der Staatssekretär und eine Vorlage zur Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen in Aussicht gestellt hat. Zusammen werden meine Freunde auch einer Vorlage, die den Arbeitern im Ausverkaufswesen entgegensteht. Dagegen versprechen wir uns sehr wenig von dem kleinen Befähigungsnachweis. Herr Trimbora sprach förmlich von den neuen Freunden des Reichstages, den Freiwirtschaftlern. Aber ich glaube sicher, daß der Reichstagsler mit unserer Hilfe einen weit größeren Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik machen wird, als mit Hilfe des Zentrums. Es ist so viel von der Paarung des liberalen und konservativen Geistes gesprochen worden, auch der Abg. Trimbora wies mit höflichen Worten darauf hin. Nun, meine Freunde werden von ihren grundsätzlichen Anschauungen auch nicht ein Zepfelchen veräußern. Die Stellung, welche wir uns im neuen Reichstage erworben haben, legt uns aber auch große Aufgaben auf. Die neue Mehrheit entspricht nicht dem Willen des Reichstagslers, sie ist aber eine Notwendigkeit, weil es kein anderes Mittel gab, das deutsche Volk davon zu befreien, daß das Zentrum ihm im Verein mit der Sozialdemokratie seinen Willen aufzwang. (Beif. Widerspruch und Ironie im Centr.) Deshalb wird auch unsere Partei, die an dieser Mehrheit beteiligt ist, ihr mögliches tun, um diese Mehrheit aufrecht zu erhalten. Wir werden bei allen Dingen unsere Pflicht darin sehen, daß nichts veräumt wird, den Idealismus aufrecht zu erhalten, der bei diesen Wahlen zutage getreten ist, wir werden alles daran setzen, damit der Enthusiasmus dieser Wahlen erhalten bleibt. Nun wie das, so handeln wir ganz im Sinne des unvergesslichen Mannes, der in den schwersten Zeiten der Politik unser Führer gewesen ist, des Mannes, dessen Todestag sich gestern feierte. Wir werden alle Kraft aufbieten, um dem deutschen Volk die Freiheit und Gerechtigkeit, des Friedens und der Ausführung zum Siege zu verhelfen. (Beif. Beifall links.)

Abg. von Dierken (Sp.):

Es läßt sich gar nicht leugnen, daß die bisherige Sozialpolitik zum großen Teil ohne, häufig sogar gegen die Sozialdemokratie gemacht ist. Herr Hue sprach sehr geringfährig von unseren sozialen Gesetzen. Aber ich meine, er unterschätzt sie ganz bedeutend. Deutschland steht in dieser Beziehung an der Spitze aller Länder, kein anderes Land hält den Vergleich mit uns aus. Selbst in dem „reaktionären und verrotteten“ Preußen wird viel Sozialpolitik getrieben. Denken Sie nur an das Wanderversicherungsgesetz! Ich hätte gewünscht, daß der Staatssekretär bezüglich der Vorlage über den kleinen Befähigungsnachweis und die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs sich etwas entgegenkommender geäußert hätte. Wir müssen alles tun, um dem Mittelstand zu helfen. Die Sozialdemokratie verfaßt natürlich auch hier. Friedrich Engels hat sogar geschrieben: „Die Handwerker müßten vernichtet werden, da sie durch und durch reaktionär

wären“. Wenn der Mittelstand sich auf die Sozialdemokratie verlassen hätte, wäre er schon längst eines sanftern Todes gestorben. Ganz falsch ist der Vorwurf des Abg. Hue, daß der neue Sozialtarif die Handwerker schädige. Das Gegenteil ist richtig. Der Sozialtarif hat die Handwerker so glücklich gemacht, daß sie den Handwerklern weit mehr abzurufen können. Herr Hue meint, unter den National Liberalen gebe es so viele reiche Leute, die sollten doch die Handwerker unterstützen. Besonders unterstützen die Sozialdemokraten denn die Handwerker nicht. Gerade unter Ihnen (zu den Soz.) gibt es doch auch sehr viele reiche Leute. Sie haben ja so viel Geld, daß Sie sogar die russischen Wahlen unterstützen. (Lachen bei den Soz.) Für eine verhängende Sozialpolitik werden wir stets zu haben sein. Die Sozialdemokraten beschließen aufs Schärfste den Reichsverband. Aber nichts kann so für den Reichsverband Beklammern machen, als die Art, wie die Sozialdemokratie ihn bekämpft. Man wirft dem Reichsverband vor, daß er Agitatoren ins Land schickt. Aber machen Sie (zu den Soz.) es nicht ebenso? Sie schicken doch auch Agitatoren hinaus, die Sie bezahlen und zwar von dem Werke, das Sie den Arbeitern verschreiben haben. (Stürmischer Widerspruch bei den Soz.; ein Rufen los: Abgeordneter macht mitleidige Gesichtsausdrücke; fortgesetzt erschallen die Rufe: Freischütz! Zur Ordnung!)

Präsident Graf Stolberg

Ringeln fortwährend, nur mit Mühe gelangt es ihm, Ruhe zu schaffen. Dem Abg. Raden, der sich besonders im Zentrum hervortut, erteilt er sodann einen Ordnungsruf.

Abg. Dierken (fortsetzend):

Der Reichsverband unterstützt sich also vorteilhaft von der Sozialdemokratie. Herr Hue lobte die Gewerkschaften und beschwerte sich über den Terrorismus der Arbeitsschlichter und der Unternehmer. Aber keiner treibt solchen Terrorismus wie die Sozialdemokraten, denken Sie nur an die Schauerleute in Hamburg. (Beif. bei den Soz.)

Präsident Graf Stolberg

teilt von Zeit zu Zeit, den Redner doch nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abg. v. Dierken (Sp.):

ermahnt zum Schluß die Sozialdemokraten, von ihrer Beziehung abzulassen und positiv an der Sozialreform mitzuarbeiten. Sollte man ein einziges Volk von Brüdern sein, so müsse man auch das seinige dazu tun.

Abg. Schenk (wirtsch. Bergg.):

erkennt die hervorragenden Verdienste des Zentrums um die Sozialreform an. In der Behandlung der einzelnen Materien besteht zwischen uns fundamentalen Meinungsverschiedenheiten. Das die Ausführungen des Abg. Dr. Dierken können wir ruhig unterschreiben. Redner vertritt sich dann über Sozialpolitik und Mittelstandspolitik. Er macht den Vorschlag, daß jeder Gewerkschaften, der wegen unlauteren Wettbewerbs bestraft ist, in sein Schankensystem ein großes Schild hängen müsse, folgenden Inhalts:

Bestraft wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Das würde dann wohl auch auf die Frauen wirken, die ja leider jetzt nach dem Grundbuch „Mundus vult decipi“ sich beständig belügen lassen — von den Männern in allgemeiner und den Geschäftsmännern im besonderen. Man weiß ja: Lange Haare, langer Bart! (Beif. bei den Soz.) Der Staatssekretär hat dann die Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine mit Maria Stuart verglichen; sie wäre auch besser gemeint als ihr Ruf. Das finde ich nicht. Maria Stuart war liebenswert, die Vorlage über die Berufsvereine ist aber von sehr wenigen geliebt worden (Beif. bei den Soz.). Die Ankündigung des Gesetzes über die Arbeitskammern begrüßen wir mit Freuden. Empfehlenswerter wäre die Einrichtung einer ständigen Kommission für sozialpolitische Angelegenheiten. Zum Schluß begrüßt der Abg. Schenk in längerer Rede die Notwendigkeit der Verkürzung aller langen Reden im Reichstag. (Beif. bei den Soz.)

Abg. Korianty (Pol.):

Wenn man so die Reden hört, muß man denken: Nein, was sind die Herren doch alle sozialreformfreundlich! Aber ich denke: die Herren sprechen wohl nicht sämtlich ganz nach ihrer Überzeugung. (Sehr laut bei den Polen.) Was namentlich die Herren von der Rechten in Bezug auf den Reichstag, das kann man am besten im preussischen Abgeordnetenhaus hören. Die Verhandlung der Berggesetzvorlage konnte dort nicht gut schlechter sein.

Was der Arbeiterschaft jetzt vor allem nützt, das ist ein wirklich freiwirtschaftliches Vereins- und Versammlungsrecht — viel wichtiger, als die ganze Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen ist dringend nötig; in Bezug auf die Frauenarbeit sollte die Frauenarbeit überhaupt unterlegt werden. Der Terrorismus wird nicht nur von den Arbeitern ausgeübt, den schlimmsten Terrorismus treibt die preussische Regierung gegen die Polen. Man geht sogar soweit, den Soldaten den Versuch von Kollaten zu unterlegen, die im Besitz von Polen sind.

Abg. Giesberts (Centr.):

Ähnere Interpretation war nicht überflüssig. Sie hat eine Mißsprache der Parteien herbeigeführt und hat Irrtum der Regierung Gelegenheiten gegeben. Ihre Wächter sind zu geben.

Dies war sehr wertvoll, die Wähler im Lande werden uns dankbar sein. Wertvoll war auch die Tatsache, daß keine Partei der Sozialpolitik entgegen ist. Daraus können die Sozialdemokraten lernen, daß für Justizhausangelegenheiten keine Mehrheit im Reichstag ist. Herr Ringhan hat uns zu Unrecht Vorwürfe gemacht, wenn wir der Regierung anderen Willen hätten aufzwingen können, würde es anders um die Sozialpolitik bestellt sein. Sie sind jetzt für die Sozialpolitik eingetreten, und wenn die Mehrheit jetzt so sehr für die Sozialpolitik eintritt, so liegt das doch nur, daß Zentrumspolitik ohne Zentrum getrieben werden soll. (Beif. bei den Soz.) Das Zentrum ist bei den Wahlen nicht geschwächt worden, und wenn die National Liberalen sich belügen über den Ausfall der Stichwahlen, so müssen sie sich bedenken bei den Abgeordneten der Stimmabgabenden, die teilweise einen schändlichen Zustand hatten. Nationale Wahlparolen und solche, die sie machen, sind vorübergehende Erscheinungen. Die christlich-sozialen Arbeiterbewegung hat größere und ernsthafte Ziele, als daß sie sich durch solche Flugblätter auseinanderreiben ließe. Ich hoffe, daß die evangelischen und katholischen Arbeiter in Zukunft einträchtig zusammenarbeiten werden. Das ein Gewerkschafts- und Versammlungsrecht kommen soll, ist erstens, bisher bestritten auf diesem Gebiete, namentlich in Preußen, ganz unerträgliche Zustände. Wir freuen uns auch darüber, daß ein Gesetz über die Arbeitskammern in Aussicht gestellt ist. Bedauerlich ist nur, daß man bei der Vorbereitung dieses Gesetzes nicht auch die Arbeiterorganisationen gefragt hat.

Vizepräsident Körmpf:

Der erste Vizepräsident hat die Schlußworte des Abg. Korianty nicht genau verstanden können, er hat mir jedoch mitgeteilt, das Stenogramm holen zu lassen. Das Stenogramm liegt nun vor. Danach hat der Abg. Korianty u. a. gesagt: „Mit Entschiedenheit hat die preussische Volkspolizei nicht zu tun, sie ist aufgebracht auf einem Sumpf und dieser Sumpf ist Unwissenheit und moralische Verkommenheit.“ Diese Worte auf den Reichstagsler und die preussische Volkspolizei angewendet, muß ich als durchaus ungehörig erachten und im rufe den Abg. Korianty deshalb nachträglich zur Ordnung. (Beif. bei den Soz.)

Abg. Hue (Soz.):

wirft die Angriffe des Abg. von Dierken gegen seine Partei und gegen die Gewerkschaftsbeamten zurück. Er weiß wohl, daß solche Beamte bis vor kurzem unter 100 Mk. Gehalt bezogen hätten. Das und seit kann man dabei nicht werden. (Zurufe rechts: Hungerlöhne!) Nun wohl, jetzt rufen Sie „Hungerlöhne“, und vorher redeten Sie davon, daß wir uns von den Arbeitergewerkschaften helfen! Man verdamme uns doch endlich mit den Verhandlungen des Reichstagsverbandes!

Abg. Pauli-Pöschel (Centr.):

Die Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Sozialreform überlasse an ihren eigenen Anträgen, die unannehmbar waren. Phantasie haben die Herren, sonst nichts. Wenn sie vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als vom Reichstagsverband sprechen, so wundern Sie sich doch nicht, wenn auch der Abg. von Dierken sie angreift. Der Reichsverband hat die Sozialdemokratie durch Vorträge usw. zu bekämpfen (Zuruf bei den Soz.: Durch Abg.) — was er sagt, das ist wahr; davon ist nichts zu ändern! (Große Beif. bei den Soz.) Gegen ein Gesetz, das den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit bringt, hat meine Partei nichts einzusetzen; nur müssen wir uns sehr in dem Gesetz erst genau ansehen. (Beif. bei den Soz.)

Hierauf wird ein von den Reichstagsparteiern eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr: Nachtragssitzung in 2. Sitzung: Interpellationen betr. Strafprozeßreform, Wahlkreisabteilung und Privatbeamten. Schluß 6¼ Uhr.



## Anfrage.

Es wird häufig gefragt von Personen, die viel unter Zahnschmerzen zu leiden haben, wie es kommt, dass dieses weniger der Fall ist, seit sie Kosmin Mundwasser gebrauchen. Diese Wirkung ist auf die adstringierende und antiseptische Kraft des Kosmin zurückzuführen. Dank dieser wird das Zahnfleisch gekräftigt, die Fäulnis der Speisereste verhindert und so der Schmerzbildung nach Möglichkeit vorgebeugt. Kosmin-Mundwasser hat neben diesen Eigenschaften einen so angenehmen und erfrischenden Wohlgeschmack, dass es für jeden, der einmal dieses Präparat in Gebrauch genommen hat, ein angenehmes Bedürfnis wird, dasselbe täglich wieder zu benutzen. Wer seine Zähne lieb hat, sollte es nicht versäumen, rechtzeitig Kosmin anzuwenden, denn kein anderes Präparat kann auch nur annähernd dasselbe für die Mundhygiene leisten wie Kosmin-Mundwasser. Preis pro Flasche, lange ausreichend M. 1.50, überall käuflich.

Kohnzahlungsbücher für Minderjährige  
empfiehlt die  
Dr. S. Baas'sche Buchdruckerei. G. m. b. H. • Mannheim, E 6, 2.

Verlobungs-Anzeigen  
betert schnell und billig  
Dr. S. Baas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.



